

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 08.05.2012**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),
Zeit:	17:00 Uhr bis 20:40 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	Ausschussvorsitzender	CDU	
Herr Martin Bauersfeld		CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner		CDU	bis 19:50 Uhr
Herr Hendrik Lange		DIE LINKE.	ab 17:30 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte		DIE LINKE.	
Herr René Trömel		DIE LINKE.	
Herr Klaus Hopfgarten		SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend		SPD	ab 18:07 Uhr bis 19:35 Uhr
Frau Katja Raab		FDP	
Herr Oliver Paulsen		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietrich Strech		MitBÜRGER für Halle	
Herr Gert Hildebrand		Verwaltung	
Herr Tobias Kogge		Beigeordneter	
Frau Dr. Christine Radig		Verwaltung	
Herr Uwe Weiske		Verwaltung	
Herr Jürgen Zschocke		Verwaltung	
Herr Torsten Bau		SKE	
Frau Heike Deuerling-Kalsow		SKE	
Herrn Klaus E. Hänsel		SKE	
Herr Bertolt Marquardt		SKE	
Herr Andreas Riemann		SKE	
Herr Thomas Senger		SKE	
Frau Cathleen Stahs		SKE	
Frau Dr. Regine Stark		SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Vertreter Herr Dr. Detlef Wend
Herr Norbert Böhnke	Verwaltung	
Herr Martin Gorowska	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, begrüßte die anwesenden Vertreter des Stadtschülerrates.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, verwies darauf, dass die aufgeführte Informationsvorlage – Integrierte Schule- und Hortentwicklungsplanung - erst als TOP 7.1 in der Tagesordnung zu behandeln sei, da es sich lediglich um eine Informationsvorlage handele.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, kündigte an, unter TOP 7 über das Kinderchorfestival zu berichten.

Auf Nachfrage von **Herrn Bauersfeld, CDU-Fraktion**, welchen Bezug die Übersendung des Papiers „Kommunale Bildungslandschaften“ zur Tagesordnung habe, erwiderte **Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport**, dass dies lediglich allen Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis und Anregung übersandt wurde.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung angenommen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 07.02.12, 06.03.12 und 20.03.12
4. Beschlussvorlagen
- 4.1 Auf TOP 7.1 gesetzt
- 4.2 Zweiter Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen
Vorlage: V/2012/10587

- 4.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Zweiten Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen (Vorlage: V/2012/10587)
Vorlage: V/2012/10679
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 6.1 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstattung von Schülerbeförderungskosten über das Bildungspaket
Vorlage: V/2012/10620
- 7. Mitteilungen
- 7.0 Integrierte Schul-und Hortentwicklungsplanung
Vorlage: V/2012/10564
- 7.1 Informationen zum Hort-Bus
- 7.2 Vorbereitung der Anträge Auenschule, Kita Traumland/Sausewind und Kita Schimmelstraße im Rahmen des Programms STARK III
Vorlage: V/2012/10480
- 7.3 Entwicklung von Lehrerstellen
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 07.02.12, 06.03.12 und 20.03.12

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief die Niederschrift vom 7.2.2012 auf und stellte sie zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief die Niederschrift vom 6.3.2012 auf.

Herr Hänsel, SKE, hatte mehrere Nachfragen zur Niederschrift vom 6.3.2012.

zu TOP 4.1 hatte **Herr Paulsen** nach den Qualitätsstandards der Hortbetreuung gefragt.

zu TOP 4.3 fragte er nach der Beantwortung der Anfrage von **Herrn Paulsen** zur Beurteilung einer Vergleichbarkeit der Planungen 2011 und 2012 auf Leistungsebene (S. 9 des Protokolls). Ferner wollte er wissen, ob die Frage von **Herrn Paulsen** zum Anstieg der Bewirtschaftungskosten PPP- und Lebenszyklusschulen (S. 10 des Protokolls) beantwortet worden sei.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, sicherte die Überprüfung der Beantwortung der Fragen zu.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte diese Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief die Niederschrift vom 20.3.2012 auf.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., verwies auf Seite 7 des Protokolls. Er habe mehrere Nachfragen nach der Höhe der Planungs- und Sanierungskosten für die Brandschutzertüchtigung in der Grundschule Lessing und der Sekundarschule Fliederweg gestellt, ohne eine klare Antwort zu erhalten. Auch in den Haushaltsunterlagen wäre ein klarer Verweis wünschenswert gewesen. Die Protokollaussagen stehen nach seiner Auffassung im Widerspruch zu Angaben aus dem vorliegenden 2. Baubeschluss.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass es nach dem 1. Baubeschluss eine Kostenerhöhung im Rahmen der Vergabe und durch die nachträgliche Aufnahme der Rettungstürme für diese Schulen in das Bauprojekt gegeben habe. Dies sei möglicherweise nicht klar kommuniziert worden.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, erläuterte die Summen am Beispiel der Sekundarschule Am Fliederweg:

Kostenkalkulation 1. Baubeschluss 240 T€

Vergabemehrkosten 76,8 T€

Rettungsbalkone 201,2 T€

Gesamtkosten 518 T€ entspricht 2. Baubeschluss

Diese 518 T€ sind im Finanzplan beschlossen worden. Mit der heutigen Vorlage zu TOP 4.2. werden lediglich der Vollständigkeit der Beschlüsse wegen die Gesamtkosten für die SEK Fliederweg und GS Lessing nochmals dargestellt.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte diese Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte das beantragte Rederecht für den Elternvertreter der GS Diemitz/Freiimfelde, **Herrn Fiedler** und die künftige Schulleiterin, **Frau Brück-Ladwig** zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die künftige Schulleiterin der Grundschule Diemitz/Freiimfelde, **Frau Brück-Ladwig**, stellte sich vor und übergab Bilder des Schimmelbefalls in der Grundschule Diemitz/Freiimfelde. Auf diesen Bildern ist der Schimmelbefall im Keller (Werkräume) und im Speiseraum erkennbar. Sie vertrat die Meinung, dass der Schimmel eine akute Gesundheitsgefährdung für die Lehrer und besonders für Kinder sei und Erkrankungen der Atemwege verstärkt aufgetreten seien. Sie bat um eine Auskunft, an wen sie sich bezüglich dieser Problematik wenden könne, um die Situation zu verbessern.

Der Elternratsvorsitzende, **Herr Fiedler** stellte dar, bereits vor 2 Jahren an einer Gebäudebegehung in der Grundschule Diemitz/Freiimfelde teilgenommen zu haben. Bereits zu diesem Zeitpunkt war der Schimmelbefall sichtbar. Die Problematik wurde bis zum heutigen Tag nicht behoben. Bei der heutigen Beschlussvorlage ginge es lediglich um den Brandschutz, dies sei nicht ausreichend. Nach seiner Auffassung sollte im gleichen Zuge die notwendige Gebäudesanierung in Angriff genommen werden. In der Grundschule wurden Messungen auf Grund des vermuteten Schimmelbefalls durchgeführt. Er beantragte, dass die Messergebnisse der Schulleiterin zur Kenntnis gegeben werden. Er werde die Messergebnisse abwarten und die entsprechende Reaktion der Verwaltung hierzu. Wenn die Reaktion der Verwaltung bei entsprechend negativem Ergebnis nicht positiv ausfällt, werde er alle Eltern in Halle mobilisieren, um gegen die Verwaltung vorzugehen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, sagte zu, dass die Messergebnisse nach Vorlage bekannt gegeben werden. Die Schule ist in die 2. Tranche aufgenommen, da die Brandschutzsicherheit vorrangig herzustellen sei. Für weitere grundlegende Maßnahmen bestehen keine finanziellen Spielräume, dass sei allen Anwesenden bekannt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, führte aus, dass die Vorlage nur die notwendigen Brandschutzmaßnahmen enthalte. Es ist bekannt, dass der Brandschutz in den Schulen mangelhaft sei. Im September soll eine Maßnahmenliste der notwendigen Sanierungen erstellt werden. Ihm ist Schimmelbefall in ca. 10 Schulen bekannt. Es gibt unterschiedliche Bekämpfungsmaßnahmen. Hier hängt es davon ab, ob der Schimmel in Nebenräumen oder Klassenräumen auftritt. Schimmelbetroffene Klassenräume können nicht für den Unterricht genutzt werden. Es steht außer Frage, dass der Schimmel bekämpft werden muss. Ihm sei klar, dass an der Grundschule Diemitz/Freiimfelde gearbeitet werden müsse. Dazu sei vorgesehen, diese Schule in das STARK III Programm, in die Förderperiode ab 2013 aufzunehmen. Für zwischenzeitliche Instandhaltungsmaßnahmen sind nur begrenzte finanzielle Mittel vorhanden. Durch das ZGM wird eine Schimmelbekämpfung stattfinden. Dabei werden aber die Ursachen der Feuchtigkeit im Gebäude nicht beseitigt.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, sagte zu, die Schimmelbekämpfung voraussichtlich im Sommer zu realisieren (Anstriche/chemische Variante). Eine Ursachenbekämpfung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, fragte nach dem Aufwand einer Trockenlegung.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, erklärte, dass die erforderliche Gebäudetrockenlegung einen sehr hohen finanziellen Aufwand bedeute, der momentan nicht umsetzbar sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, sagte nochmals die Übergabe der Messergebnisse zu.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.2 Zweiter Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen Vorlage: V/2012/10587

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief hierzu den vorliegenden Änderungsantrag der FDP auf.

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Zweiten Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen
(Vorlage: V/2012/10587)
Vorlage: V/2012/10679**

Herr Schachtschneider bat **Herrn Hänsel** für die FDP-Fraktion den Antrag zu begründen.

Herr Hänsel, SEK, erläuterte den Änderungsantrag der FDP zum 2. Grundsatz- und Baubeschluss. Nach der vorliegenden Brandschutzprioritätenliste haben deutlich mehr Schulen Bedarf nach Brandschutzgrundsicherung und für ihn sei nicht erkenntlich, nach welchen Auswahlkriterien die Verwaltung die in der Vorlage enthaltenen Schulen ausgewählt habe.

Es fehlen Schulen, die lt. Brandschutzliste vom 20.3.12 mit hoher Priorität aufgeführt waren. Bei anderen Schulen, wie dem Südstadt Gymnasium oder Wolff - Gymnasium, sei der Handlungsbedarf nach seiner Meinung nicht so hoch. Die im Änderungsantrag vorgeschlagenen Schulen sollen eine Diskussionsgrundlage darstellen. Er sei offen für begründende Argumente der Verwaltung.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, sprach sich mit Bezug zum Änderungsantrag gegen die Aufnahme der Sekundarschule Johann-Christian-Reil aus, da diese bereits über das EFRE Programm für die Sanierung vorgesehen sei. Die Auswahl der Schulen in der Verwaltungsvorlage sei in starkem Maße von Überlegungen der Demographiesicherheit der Standorte ausgegangen, so dass Förderschulen vorerst zurück gestellt wurden. Ihm sei klar, dass die Brandschutzgrundsicherung auch für weitere Schulen erfolgen müssen, wobei gerade Grundschulen, wie Albrecht Dürer oder Hans-Christian-Andersen eine Gesamtanierung erfordern, die in den nächsten Förderphasen STARK III beantragt werden soll.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schloss sich der Nachfrage nach den nachvollziehbaren Auswahlkriterien an. Wie und wo wird im Haushalt hierzu eine Kostenübersicht dargestellt?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass der Finanzbedarf für alle Projekte der Vorlage derzeit noch nicht im Haushalt abgebildet sei. Mit diesem Grundsatzbeschluss sollen jedoch Projekte im Finanzplan 2013 und nachfolgenden Jahren legitimiert werden. Fehlende Deckungsmittel sollen zum Beispiel durch den Verkauf von Grundstücken beschafft werden. Der Brandschutz muss in allen Schulen realisiert werden. Durch die Änderung des Schulgesetzes werden jetzt mehr Plätze an den Gymnasien benötigt, als noch vor einem Jahr geplant waren. Aus diesem Grund müsse jetzt der Bau von Fluchttreppen an den entsprechenden Schulen zeitlich vorgezogen werden. Nichtnutzbare Kopfräume in den Schulen müssen aufgrund dessen wieder zur Verfügung gestellt werden, so dass neben den Maßnahmen der bisherigen Brandschutzgrundsicherung (wie Entrauchung u.a.) die Notwendigkeit der Realisierung des baulichen Rettungsweges über Fluchttreppen, zur Sicherung des bedarfsgerechten Raumangebotes in den Gymnasien erforderlich war. Er bat die Stadträte auch diese Argumente als auswahlentscheidend mitzutragen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, konnte nach diesen Erläuterungen nachvollziehen, warum genau die genannten Schulen im Beschluss stehen.

Herr Hänsel, SKE, war der Meinung, dass die Vorlage den Mangel habe, dass die Schulen nicht priorisiert sind. Nach seiner Meinung muss dem Ausschuss bekanntgegeben werden,

warum gerade diese Schulen und nicht die Schulen der höchsten Brandschutzpriorität im Beschluss enthalten sind. Er fragte, ob es zu verantworten sei, andere Schulen mit Brandschutzdefiziten außen vor zu lassen. Ferner könne er nicht nachvollziehen, wieso die neue Grundschule Glaucha nicht enthalten sei. Vor ihrer Wiederinbetriebnahme sei die Sicherstellung des Brandschutzes zwingend erforderlich. Zu den Förderschulen führte er aus, dass nur eine Schule enthalten sei, andere nicht.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., bemängelte, dass für die Auswahl der Schulen keine geeignete Prioritätenliste als Orientierung vorhanden sei. Dies sei in regelmäßigen Abständen im Ausschuss abgefordert worden, ohne Ergebnis. Er bat um Erstellung einer solchen Liste bis Ende des Jahres. Eine gute Vorarbeit seien die Steckbriefe der Informationsvorlage zur integrierten Schul- und Hortplanung. Weiterhin regte er an, den Stadträten die Planungen für eventuell weitere Phasen von STARK III vorzulegen. Er könne derzeit dem Änderungsantrag der FDP nicht folgen und lehne diesen ab.

Frau Raab, FDP-Fraktion, wollte wissen, wer verantwortlich gemacht werde, wenn in einer Schule etwas passiere, die in der Brandschutzkategorie 4 oder 5 eingeordnet sei. Wer ist verantwortlich, wenn die Kinder aus einer solchen Schule nicht rechtzeitig gerettet werden können? Die Schulentwicklungsplanung und Bau-/Brandschutzprioritätenlisten müssen gemeinsam beraten und beschlossen werden.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte **Herrn Bielecke** ob es mehr koste, wenn man die Problematik Brandschutz und Schimmel in einem Schulgebäude getrennt bearbeite. Sie wollte wissen, ob dieser Sachverhalt geprüft wurde.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, führte aus, dass es immer die günstigste Lösung sei, alle baulichen Mängel in einem Sanierungsprojekt in einer Baumaßnahme zu bearbeiten, insbesondere dann, wenn für die Schule Baufreiheit bestehe. Realistischer Weise ist dies derzeit finanziell nicht darstellbar, insofern seien Schulen für erste Brandschutzgrundsicherungsmaßnahmen, durch den Rat auszuwählen. Der Instandhaltungs- und Investitionsrückstau an den Schulen ist erheblich. Die Kosten bewegen sich im zweistelligen Millionenbereich.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, sagte, dass heute die gemeinsame Planung für die Grundschul- und Hortentwicklung auf dem Tisch liege, was ein Auftrag des Ausschusses war. Momentan wird für die Standorte der Sekundarschulen und Gymnasien in der Stadt eine gleichartige Objektbeschreibung erstellt. Danach soll eine neue Prioritätenliste im September vorgelegt werden, die neben der Beschreibung der einzelnen Schulen, ihrer Demographiesicherheit auch notwendige Bestandsschutz- und Sanierungsmaßnahmen enthalten solle. Die Liste von 2009 wird dabei stark verändert werden. Er gab zu bedenken, dass das Problem in Halle die alten Schulen seien. Diese Schulen kosten in der Brandschutzsanierung besonders viel Geld. Es gebe Denkmalschutzaufgaben und jede Schule ist einzigartig in ihrer alten Schönheit. Der Brandschutz wird in den nächsten Jahren ca. 15–17 Mio. Euro kosten. Die integrierte Schul- und Hortentwicklungsplanung wird künftig regelmäßig fortgeschrieben. Er äußerte die Bitte, den Brandschutz als oberste Priorität anzusehen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte die neue Prioritätenliste, sie sollte jedoch wirklich vollständig sein und notwendige Änderungen wären im Rat zu beschließen. Er fragte nach der Darstellung der finanziellen Auswirkungen in der Beschlussvorlage und stellte fest, dass diese abweichend vom Haushaltsbeschluss seien.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, begründete die Auswahlentscheidung der Schulen in der vorliegenden Vorlage.

Grundschule Friesen

In dieser Schule soll neben der Brandschutzertüchtigung die Schimmelsanierung im Kellerbereich mit erfolgen, um die für den Schul- und Hortbetrieb notwendigen Räume sicher zu stellen, da die Schülerzahlen an diesem Standort stark aufwachsen. Deshalb sind für dieses Objekt ab 2013 1 Mio. Euro zusätzlich erforderlich, die durch die Kämmerei in den Plan 2013 aufzunehmen sind.

Grundschule am Ludwigsfeld

Durch die erwarteten hohen Schülerzahlen werden alle Klassenräume benötigt, deshalb ist für die Kopfräume ein zweiter baulicher Rettungsweg über Rettungstürme zu errichten, so dass letztlich 580 T Euro benötigt werden.

Grundschule Diemitz/Freiimfelde

Im ersten Schritt sind für diese Schule Planungskosten erforderlich. Die in der Vorlage enthaltenen Kosten sind eine Schätzung für die notwendige Brandschutzertüchtigung. Weitere Kosten für die Sanierung sind einer nächsten Jahresscheibe aufzunehmen, wenn verlässliche Planungen vorliegen.

Grundschule Johannesschule

Diese Schule wurde aufgenommen, da neben dem Brandschutz die Nutzungsfähigkeit aller Räume aufgrund der Schülerzahlen sicher gestellt werden muss. Vorerst sind nur Planungsmittel vorgesehen.

Johann Gottfried Herder Gymnasium

Hier ist die Problematik ähnlich, wie bei der Grundschule Friesen. Es gibt Brandschutz- und Schimmelprobleme, die Kämmerei muss den erforderlichen Betrag ab 2013 in den Haushalt aufnehmen.

Grundschule Frohe Zukunft

Die Unterlagen liegen in diesem Jahr planerisch auf dem Tisch, um den Brandschutz, nach Auszug der Grundschule Riesenklein, sicherzustellen.

Herr Weiske, Sozialplaner, unterstützte diese Argumentation. Insbesondere die Grundschulen Friesen, Am Ludwigsfeld und Johannes seien in ihrer vollen Raumkapazität erforderlich, um die stark anwachsende Schülerzahl aufzunehmen. Die Grundschulen Johannes und Am Ludwigsfeld müssen auch für den Fall einer Verzögerung der Inbetriebnahme der neuen Grundschule Glaucha bereit stehen. Im Bereich der Grundschule Johannes werde sich in den nächsten Jahren die Gesamtschülerzahl, trotz Eröffnung der Grundschule Glaucha, um ca. 1/3 erhöhen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, hatte eine Verständigungsfrage zu Punkt. 1 des Beschlussvorschlages. Wie ist die Aussage zu verstehen: „Sollten ausgewählte Objekte über STARK III förderfähig sein, werden die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen im Rahmen der umfänglichen Sanierung durchgeführt.“

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, verwies auf das STARK III-Handbuch. Dieses setze den Schwerpunkt auf energetische Sanierung. Das Thema Brandschutz kann darüber nicht abgedeckt werden, maximal eine Komplettsanierung. Sofern diese Schulen über andere Förderprogramme mitfinanziert werden könnten, sollten sie über diese beantragt werden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., wollte wissen, mit welcher Voranmeldung die Verwaltung in das STARK III-Programm geht. Der Satz „... unter dem Vorbehalt der Einwerbung von Fördermitteln“ sei ihm unklar und er fragte nach dem Sinn des Satzes. Er bat darum, darauf zu achten, dass die Inklusion perspektivisch betrachtet werden sollte, z. B. bei Türbreiten u. ä. Er wollte ebenfalls wissen, welche wirtschaftlichen Gründe dahinter stecken, dass an Dritte (in mindestens 2 Losen) vergeben werden soll.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte warum eine Vergabe von „mindestens 2 Losen“ in die Vorlage aufgenommen wurde. Der Vergabeausschuss habe mehrere Lose empfohlen. Es sei eine konventionelle Ausschreibung geplant. Die ersten Informationen zum STARK III Programm waren von einem wesentlich größeren Budget ausgegangen, insofern ist es ernüchternd zum jetzigen Zeitpunkt nur noch wenige Projekte in der ersten Förderphase einreichen zu können. Der am 11.5.2012 abzugebende Antrag werde alle halleschen Vorhaben (Saaleschule, 2 Kitas EB Kita, 1 Kita eines freieren Trägers und die Grundschule Auenschule) umfassen. Alle Projekte werden vom örtlichen Jugendhilfe- bzw. Schulträger positiv bewertet. Für eine zweite Förderphase sind die Schulen aufzunehmen, für die der größte Handlungsdruck bestehe, dies werden Schulen im Paulusviertel, in Diemitz und Glaucha sein. Dazu erhalte der Rat im Herbst eine Vorlage. Er sei guter Hoffnung, dass alle Anträge vom Land in der ersten Phase bewilligt werden können. Trotz des Zeitdruckes haben die Unterlagen eine gute Qualität.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, führte aus, das die von **Herrn Lange** hinterfragte Formulierung auf die Eventualität einer komplexen Förderung abzielt. In diesem Falle sollten diese Projekte für ein Förderprogramm mit weniger kommunalen Eigenmitteln angemeldet werden. Er schlug vor, diesen Satz aus dem Beschlusstext in die Begründung zu übernehmen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, stimmt dem zu.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte nochmals nach der Verantwortung, wenn in den Schulen der Kategorie 4 und 5 etwas passieren sollte, da der Stadtrat Kenntnis von der Brandschutzprioritätenliste habe. Sie hätte gern eine Aussage zu den Schulen, die in der Priorität 4/5 eingeordnet sind und möchte wissen, welche Aussage es zu diesen Schulen gibt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, schlug vor, einen 4. Beschlusspunkt aufzunehmen, der die Schulen enthalte, die in weiteren Tranchen brandschutztechnisch zu ertüchtigen sind, um die Verwaltung zu binden.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, empfahl, die Verwaltung sollte einen solchen Vorschlag zur Beratung im Finanzausschuss machen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, entgegnete auf die Nachfrage von **Frau Raab**, dass die Stadt die Verantwortung für sichere Schulen habe.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., wies diese Aussage dahingehend zurück, dass, wenn der Stadtrat moralisch mit verantwortlich sei, zuerst die Schulen mit dem dringlichsten Handlungsbedarf im Bereich Brandschutz gemacht werden müssten oder diese Schulen müssten geschlossen werden.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, erinnerte an die Diskussion zur Schulentwicklungsplanung. Im Dezember habe der Rat vorgeschlagene Schulschließungen abgelehnt.

Schulentwicklungsplanung auf Grundlage der Bestandssicherheit ist notwendig. Er kritisierte, dass im Änderungsantrag die Förderschule Jägerplatz wieder eingeplant werden soll.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die Aussage von **Herrn Hopfgarten**. Auch im Nachhinein seien Schulfusionen in maroden Gebäuden nicht zu rechtfertigen. Dies hätte keine Verbesserung der Brandschutzsituation an diesen Schulen mit sich gebracht. Ihm fehle in der Vorlage bei der Grundschule Diemitz/Freiimfelde eine Aussage zu den Kosten der Schimmelbekämpfung, da offenbar nur der Brandschutz enthalten sei. Er mahnte eine Nachbesserung an. Er möchte heute diese Vorlage beschließen, um mit den geplanten Vorhaben beginnen zu können. Er merkte positiv an, dass die Vergabe in mindestens 2 Losen, besser jedoch 3 Losen, gut sei und denke, dass damit die Bauausführung schneller gehen kann, da dadurch mehrere Firmen als Auftragnehmer gebunden werden können. Dies dürfte die Bauausführung beschleunigen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich zu **Frau Raabs** Aussage, dass der Stadtrat natürlich eine Mitverantwortung trage. Es sei nicht wichtig, an welcher Stelle die Schule in der Prioritätenliste stehe. Es gehe darum, schrittweise alle Schulen auf das Niveau des erforderlichen Brandschutzes zu bringen. In der Vergangenheit wurde es massiv versäumt die Schulen zu ertüchtigen. Es könne jetzt nicht alles auf einmal aufgeholt werden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., vertrat die Auffassung, dass die Beschlussvorlage auf jeden Fall zur Abstimmung gebracht werden solle. Die Anregung zu einer dritten Tranche könne als Auftrag an die Verwaltung aufgenommen werden. Die Auswahl der Verwaltung ist logisch und nachvollziehbar. Die Anregung von **Frau Raab** solle im Beschluss zur Prioritätenliste aufgenommen werden.

Herr Marquardt, SKE, war der Meinung, dass der Vorlage zugestimmt werden solle. Er sei davon ausgegangen, dass die Beschlussvorlage mit der Prioritätenliste und dem Haushalt übereinstimme.

Herr Hänsel, SKE, bedauerte, dass der Änderungsantrag nicht mehrheitsfähig sei. Er zweifelte die Aussagen zur Förderschule Jägerplatz an und vertrat die Meinung, dass die Schule weiterhin am Standort existieren werde, auch wenn das Landeschulamt die Schule für nicht bestandsfähig erklären sollte. Er empfinde den Beschluss noch nicht als abstimmungsreif.

Herr Senger, SKE, machte deutlich, dass ein Gegenüberstellen der Gefahren aufgrund fehlenden Brandschutzes oder durch Schimmelbefall wenig hilfreich sei, beides stelle eine Bedrohung dar.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, vertrat die Meinung, dass die Beschlussvorlage heute beschlossen werden sollte und wollte wissen, ob die Kosten für die Schimmelbekämpfung nachgereicht werden können. Sie regte an, darüber eine Protokollnotiz zu fertigen. Die Arbeiten zur Schimmelbeseitigung in der Grundschule Diemitz/Freiimfelde sollten im Sommer stattfinden.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, wies nochmals darauf hin, dass nur die Schimmelbeseitigung bis zum neuen Schuljahr durchgeführt werden könne. Die Ursache des Feuchtigkeitsproblems im Gebäude sei damit noch nicht beseitigt.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, beendete die Diskussion und stellte den Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Beschlusspunkte 1 und 2 werden wie folgt geändert:

1. Der Stadtrat beschließt die Ausführung einer Brandschutzgrundsicherung der Grundschulen **„Albrecht Dürer“, „Hans Christian Andersen“, Kanena/Reideburg, Friedensschule, der ehemaligen Glauchaschule, „Karl Friedrich Friesen“, „Am Ludwigsfeld“, Frohe Zukunft, Diemitz/Freiimfelde, Johannesschule, des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums, der Förderschulen Comeniusschule und Am Jägerplatz, der Sekundarschule „Johann Christian Reil“, der BbS III J.C.v.Dreyhaupt** sowie die Errichtung von Rettungsbalkonen an den Schulen Grundschule „G.-E.-Lessing“, Sekundarschule Am Fliederweg, Gymnasium Südstadt und Christian-Wolff-Gymnasium. Der Beschluss erfolgt unter Vorbehalt der Einwerbung von Fördermitteln. Sollten ausgewählte Objekte STARK III förderfähig sein, werden die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen im Rahmen der umfänglichen Sanierung durchgeführt.
2. Der Stadtrat beschließt im Zusammenhang mit der Brandschutzgrundsicherung die Kellertrockenlegung und –sanierung der Grundschule „Karl Friedrich Friesen“ ~~sowie des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums.~~

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte die geänderte Beschlussvorlage der Verwaltung mit der Änderung im Punkt 1 des Beschlussvorschlages, dass der Satz “Der Beschluss erfolgt unter Vorbehalt der Einwerbung von Fördermitteln“ gestrichen wird und in die Begründung eingefügt wird zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Ausführung einer Brandschutzgrundsicherung der Grundschulen „Karl Friedrich Friesen“, „Am Ludwigsfeld“, Frohe Zukunft, Diemitz/Freiimfelde, Johannesschule, des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums und der Förderschule für Lernbehinderte Comeniusschule sowie die Errichtung von Rettungsbalkonen an den Schulen Grundschule „G.-E.-Lessing“, Sekundarschule Am Fliederweg, Gymnasium Südstadt und Christian-Wolff-Gymnasium. ~~Der Beschluss erfolgt unter Vorbehalt der Einwerbung von Fördermitteln.~~ Sollten ausgewählte Objekte STARK III förderfähig sein, werden die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen im Rahmen der umfänglichen Sanierung durchgeführt.

2. Der Stadtrat beschließt im Zusammenhang mit der Brandschutzgrundsicherung die Kellertrockenlegung und –sanierung der Grundschule „Karl Friedrich Friesen“ sowie des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die finanziellen Mittel in den Haushalt 2012 bis 2015 einzustellen.
Die Vergabe der Planungs- und Bauleistungen erfolgt aus wirtschaftlichen Gründen als Komplexauftrag vom EB ZGM in mind. zwei Losen an Dritte als Auftragnehmer.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 6.1 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstattung von Schülerbeförderungskosten über das Bildungspaket Vorlage: V/2012/10620

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, wies darauf hin, dass die Verwaltung für ihre Antwort ein Austauschblatt ausgeteilt habe: Dies enthalte sinngemäß die gleiche Antwort, jedoch seien Abkürzungen im Interesse einer besseren Verständlichkeit ausgeschrieben.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hatte eine Nachfrage zur Anzahl der 579 gestellten Anträge auf Schülerbeförderung.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin, informierte, dass sich diese Anzahl auf alle beim Sozialamt und beim Jobcenter gestellten Anträge beziehe.

Herr Paulsen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf den zur Beantragung dieser Leistung u.a. im Internet eingestellten Antragsvordruck und fand es irritierend, dass dazu keine weitere Erläuterung gegeben werde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, sagte zu, dies prüfen zu lassen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.0 Integrierte Schul-und Hortentwicklungsplanung Vorlage: V/2012/10564

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief diese Informationsvorlage zur Beratung auf, und lobte die Verwaltung, dass die vorliegenden Austauschblätter bereits die Hinweise der Beratung im Jugendhilfeausschuss beinhalten.

Herr Weiske, Sozialplaner, stellte die Vorlage vor und erläuterte das Ziel und das Herangehen. Obwohl die Schulentwicklungsplanung und die Hortplanung auf zwei Rechtsgrundlagen beruhen, sei versucht worden, in einem abgestimmten Planungsprozess eine Bedarfsplanung für die gleiche Kindergruppe zu erstellen. Leitmotiv beider Planungen war die demographische Betrachtung. Die Blätter zu den einzelnen Schulen enthalten Angaben aus Sicht der Interessen der Eltern zu den einzelnen Schul- und Hortobjekten, sowie verwaltungsintern abgestimmte Bauzustandseinschätzungen. Die Daten der Turnhallen und der Hortträger sind ebenfalls erfasst. Diese Profile werden auch für die Sekundarschulen und für Gymnasien erstellt. Für die Förderschulen wird eine Erarbeitung später erfolgen, da vom Land konkrete Impulse fehlen. Als Haupteckdaten wurde deutlich, dass in den Randbereichen der Stadt deutlich geringerer Handlungsbedarf als in der Innenstadt besteht. Hier ziehen steigende Schülerzahlen Kapazitätserweiterungen im Hort nach sich, Anmietungen bei Dritten könnten ein möglicher Weg sein.

Herr Senger, SKE, hatte eine Frage zur Berechnung der Schüler- und Klassenstärken. Am Beispiel der Grundschule Wittekind wollte er erläutert haben, warum bei annähernd gleicher Gesamtschülerzahl die Anzahl der Klassen differiert.

Herr Weiske/Herr Zschocke, Sozialplaner/Schulplanung antworteten, dass die Grundlage der Faktor von 1,2 Unterrichtsräumen pro Klasse ist. In Verbindung mit der vorhandenen Anzahl von Unterrichtsräumen ergibt sich daraus die Anzahl der an diesem Standort zu beschulenden Klassen. Die Anzahl der Klassen je Schuljahr ist die Summe aus der Anzahl der Klassen je Schuljahrgang in dem betreffenden Schuljahr. Durch unterschiedliche Verteilung auf die einzelnen Klassenstufen können in der Summe somit mehr oder weniger Klassen zustande kommen, obwohl die Gesamtschülerzahl der Klassenstufen 1 bis 4 gleich ist.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, fragte nach den Brandschutzbestimmungen für den Hort und wollte wissen, ob die gleichen Bestimmungen wie für Schulen gelten, um eine Betriebserlaubnis für den Hort zu erhalten.

Herr Weiske, Sozialplaner, antwortete, dass die Brandschutzsicherheit grundsätzlich nach dem gleichen Maßstab zu beurteilen ist. Sofern Horte in Schulgebäuden untergebracht sind oder in Doppelnutzung betrieben werden, wird kein separater Brandschutznachweis verlangt.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat hierzu um eine konkrete Antwort im Protokoll. Er fand die Ausarbeitung der Vorlage sehr gut. Es sei ein guter Überblick über die Schulen. Er begrüßte die Weiterentwicklung für alle Schulen. Die Vorlage sei eine gute Grundlage für die nächste mittelfristige Schulentwicklungsplanung. Mit Bezug auf die Anforderungen inklusiver

Bildung halte er den beschlossenen Raumfaktor 1,2 bzw. 1,5 für keinen geeigneten Maßstab mehr. Aus seiner Sicht sei an den Raumbedarf und Raumzuschnitt in den Schulgebäuden künftig anders heran zu gehen.

Herr Weiske, Sozialplaner, wies darauf hin, dass in der Einleitung zu den Objektbeschreibungen der Grundschulen diese Überlegungen enthalten sind und in zukünftigen weiterführenden Planungen Berücksichtigung finden sollen. Voraussetzung ist jedoch die Schaffung der Rechtsgrundlagen durch das Land.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) nimmt die Information zur Kenntnis.

zu 7.1 Informationen zum Hort-Bus

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, informiert über sein Gespräch mit **Herrn Kluge** von der HAVAG. Er berichtete, dass zum Fahrplanwechsel ein Linienbus für die Hortkinder (ca. 16:00 Uhr) eingesetzt werden wird.

zu 7.2 Vorbereitung der Anträge Auenschule, Kita Traumland/Sausewind und Kita Schimmelstraße im Rahmen des Programms STARK III Vorlage: V/2012/10480

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Verwaltung die Aufgabe hatte, Vorschläge zu erarbeiten. Er informierte, dass auch Anträge von freien Trägern beim Land eingereicht werden. Bei den städtischen Vorhaben steht bei den Kitas die energetische Sanierung, bzw. ein klassischer Neubau im Vordergrund. Für die Grundschule Auenschule wird ein dreizügiges Objekt mit Sanierung des Schulgebäudes und Neubau der Turnhalle beantragt. Er bedauerte, dass aufgrund des Zeitdruckes bei der Beantragung, die Projekte dem Rat nicht zeitiger vorgestellt werden konnten.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, ergänzte, dass parallel noch 7 Anträge für IT-Infrastruktur und -Ausstattung gestellt werden. Es betrifft folgende Schulen: Berufsbildende Schulen IV, Berufsbildende Schulen I, Südstadt Gymnasium, Georg-Cantor Gymnasium, Sekundarschule Kastanienallee, Grundschule Kastanienallee, Johann-Gottfried- Herder Gymnasium.

Herr Hänsel, SKE, fragte, warum die Grundschule Auenschule jetzt nur saniert und nicht, wie geplant, neu gebaut werden solle. Bei einem Kostenvolumen von ca. 6 Mio. Euro sei für ihn ein Neubau wirtschaftlicher als die Sanierung eines alten Plattenbaus.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte, dass die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung von 2009 von einer Zweizügigkeit ausging und jetzt eine dreizügige Schule geplant wurde.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, ergänzte, dass für die Betrachtung 2009 andere Planungsvoraussetzungen gegeben waren. Das Programm STARK III favorisiere eine energetische Sanierung vor einem Neubau. Der aktuelle Wirtschaftlichkeitsvergleich erfüllt für die Variante Sanierung des Schulgebäudes/Neubau der Turnhalle im Vergleich zum Komplettneubau die Effizienzkriterien der Fördervoraussetzungen.

Herr Hänsel, SKE, bezweifelte dieses Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Bei Zugrundelegung von Niedrigenergiehausmodellen dürfte ein Neubau energetisch immer günstiger sein als eine Sanierung.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, wiederholte seine Aussage, dass dieser Wirtschaftlichkeitsnachweis im gewählten Modell erbracht werden könne.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vermisste in der Informationsvorlage Aussagen zu den Planungs- und Baukosten und zu den erforderlichen kommunalen Eigenmitteln. Er bat um Vorlage entsprechender Planungs- und Baubeschlüsse.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, sagte einen solchen Planungs- und Baubeschluss zu, sobald verlässliche Zahlen von Seiten des Landes vorliegen.

Herr Senger, SKE, hatte zum IT-Programm eine Frage. Er wollte wissen, warum bei den EFRE-Schulen keine IT-Ertüchtigung vorgesehen sei.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, antwortete, dass bei den EFRE-Projekten eine IT-Verkabelung vorgesehen sei, lediglich eine Erneuerung der Hardware sei in diesem Programm nicht finanzierbar. Dies sei dem Schulleiter bekannt.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., war der Auffassung, dass ein Neubau der Auenschule auch durch STARK III möglich sei. Er halte den Neubau an dieser Stelle für die effektivere Variante und könne die Variante Sanierung nicht nachvollziehen. Er fragte nach der Einbeziehung des Hortes.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fand die Aussagen zur Sanierung irritierend, da bisher alle von einem Neubau der Grundschule Auenschule ausgegangen waren. Er vertrat die Auffassung, dass mit einem Neubau bessere Möglichkeiten bestehen, auf pädagogische Notwendigkeiten einzugehen. Er fragte nach, ob der bessere Energiestandard 2012 mit berücksichtigt wurde. Weiterhin wollte er wissen, ob der Antrag als Sanierung eine bessere Chance auf Förderung habe. Dies wäre wichtig, um auf Landesebene ggf. eine Korrektur des STARK III – Programmes anzuregen.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, antwortete, dass durch STARK III die Sanierung gefördert werde. Eine Sanierung der Auenschule sei 10 % günstiger als der Neubau. Lediglich Speiseraum und Turnhalle werden neu gebaut. Hierzu wurden detaillierte Berechnungen angestellt

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, ergänzte, dass der Hort im Schulgebäude vorgesehen sei. Durch den Teilabriss des jetzigen Schulgebäudes verbessere sich die Energieeffizienz. Bei den nächsten Förderphasen STARK III halte er höhere Fördervolumen für den Süden von Sachsen-Anhalt erforderlich.

Herr Hänsel, SKE, regte an, im Rahmen einer Ausschreibung Angebote für die effizientere Variante zuzulassen.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, wiederholte, dass die vorliegenden Unterlagen mit dem Stand der Planungsphase 2 den Stand des Beantragungsverfahrens erfüllen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Die Stadt Halle (Saale) beantragt beim Land fristgerecht Fördermittel aus STARK III für folgende Bildungseinrichtungen:

Grundschule Auenschule
Kita Traumland/Sausewind
Kita Schimmelstraße

zu 7.4 Entwicklung von Lehrerstellen

Herr Marquardt, SKE, hielt einen Vortrag (PP-Präsentation siehe Anlage) zur Entwicklung von Lehrerstellen im Land Sachsen-Anhalt.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass das Problem des Lehrermangels im Land lange bekannt sei. Gegenmaßnahmen sind auf der Landesebene zu regeln. Der Lehrermangel wird sich als erstes in den Grundschulen zeigen. Eine vom Land möglicherweise beabsichtigte Lehrerstundenzuweisung auf Schülerzahlen bezogen, könne das Problem möglicherweise auf die Kommunen verlagern. Er bat alle Anwesenden mit Einfluss auf die Landespolitik, mitzuhelfen hier gegenzusteuern.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, verwies darauf, dass der Lehrermangel im ländlichen Bereich besonders akut sei. Er komme aber auch auf die Städte zu. Das Land bilde zu wenig aus und schaffe ein Problem für sich selbst.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bedankte sich für die Ausführungen und fragte ob es weitere Mitteilungen der Verwaltung gäbe.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, informierte zum Kinderchorfestival. Die Stadt Halle zählte 4.000 Besucher, ca. 250 mehr als 2011. Die Teilnehmer wurden bei Gasteltern in Halle und im Saalekreis untergebracht. Es gab 8 Konzerte in 4 Tagen. Die Internationalität wurde ausgebaut. **Herr Kogge** dankte dem Huttenchor als Gastchor und allen Helfern und dem Veranstalter. Trotz der Trägerprobleme habe die Bevölkerung ihre Akzeptanz für das Festival bewiesen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, fragte nach dem Stand „Schallschutz für den Musikraum im Georg-Cantor-Gymnasium“, seiner Information nach ist dies noch nicht umgesetzt.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, antwortete, dass der erforderliche Auftrag für den Einbau einer Tür zum Musikraum im Cantor-Gymnasium, der die erhöhten Anforderungen an den Schallschutz erfüllt, bereits erteilt worden ist. Eine weiterführende Antwort wird schriftlich nachgereicht.

Herr Hänsel, SKE, stellte mehrere Fragen:

1. Er bat die Brandschutzprioritätenliste zu aktualisieren.
2. Weiterhin bat er um Mitteilung, ob es Brandschutzgutachten für die einzelnen Schulen gebe.
3. Fragte er zu einem Nachnutzer für den Schulgarten am Galgenberg.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, beantwortete die Fragen:

zu 1.: Er sagte eine Aktualisierung der Brandschutzprioritätenliste für den Herbst zu.

zu 2.: Das Bauordnungsamt mache verstärkt Begehungen in den Schulen. Es werden keine Gutachten erstellt. Die Einschätzungen werden auf Basis der nunmehr häufiger stattfindenden Begehungen und Brandschauen erstellt.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, ergänzte, dass Brandschutzgutachten im Rahmen von Planungen zu Brandschutzertüchtigungen eingeholt werden.

zu 3. führte **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung,** aus, dass das Interesse von Herrn Aldag in der Verwaltung bekannt sei, die Verantwortung für Verhandlungen liege im Dezernat V. Ob in diesem Zusammenhang Möglichkeiten für Schulgartenunterricht für andere Schulen geschaffen werden können, entziehe sich seiner Kenntnis. Er verwies auf die im Stadtrat am 25.4.2012 verteilte Antwort zu den Alternativen für die von der Schulgartenschließung betroffenen Schulen.

Herr Hensel, SKE, bezog sich auf eine Antwort des Amtes für Schule und Sport auf ein Schreiben der Lehrer der Grundschule Wittekind, zu einer Bitte um Doppelnutzung von Horträumen zur Entlastung der Raumenge im Unterricht. Er schätzte die gegebene Antwort als nicht sachgerecht ein.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, sagte eine Prüfung zu.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, verwahrte sich gegen den Vorwurf einer unsachgemäßen Prüfung des Anliegens der Schulleitung.

Herr Hänsel, SKE, fragte nach dem Schulgarten der Grundschule Albrecht Dürer, der auf Grund des Bergbauloches nicht nutzbar sei. Welche Unterstützung könne durch die Verwaltung geleistet werden?

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach den Planungs- und Baukosten für die STARK III – Vorhaben. Weiterhin wollte er wissen, wann die Baubeschlüsse im Bildungsausschuss vorliegen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass noch keine belastbaren Zahlen vorliegen. Die Antwort muss zurückgestellt werden. Für den Bau der Auenschule werde es einen Baubeschluss geben.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, ob für die STARK III – Projekte die Außenflächengestaltung förderfähig sei.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, informierte, dass im Gesamtkonzept auch die Außenflächen enthalten seien. Aber es stehe nicht fest, was genau gefördert werde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass für notleidende Kommunen ohne ausgeglichenen Haushalt, Eigenmittel für STARK III über eine Kreditaufnahme ohne Zinsen in Aussicht gestellt werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach dem Mehrbedarf in Tranche 1 in Höhe von 600 T Euro und wie dieser zustande gekommen sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte, dass in der ersten Hochrechnung die Rettungsbalkone in den Schulen Grundschule Lessing und Sekundarschule Am Fliederweg nicht eingeplant waren, da die Kopfräume außer Acht gelassen wurden. Er verwies auf die eingangs von **Frau Dr. Radig** gegebene Antwort.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um eine Übersicht über das Anwahlverhalten an den weiterführenden Schulen und um Informationen zum Stand des Losverfahrens.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass der Rückmeldeschluss für die Eltern der 20.5.2012 sei. Nach diesem Termin kann zu diesen Fragen konkret geantwortet werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach dem Schulobstprogramm.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressort Schule, antwortete, dass sich bisher 12 Grundschulen und 8 Förderschulen an dem diesjährigen Programm beworben haben.

Herr Senger, SKE, bat um eine Zahl zu den Bewerbungen an den Gesamtschulen und fragte wo die Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden, wenn sie an der gewählten Schule keine Platzierung erhalten. Er kritisierte, dass ihm mehrere Fälle zugetragen wurden, in denen die Zuweisung unklar war. Hier hätten die Eltern falsche Information zur Einweisung an weiterführende Schulen erhalten.

Frau Schöne, Ressort Schulorganisation, antwortete, dass lediglich ein Fall aufgetreten sei, bei dem versehentlich die Schullaufbahnerklärung für Gymnasialzweig mit dem Sekundarzweig verwechselt wurde. Diese Fehlinformation an die Erziehungsberechtigten konnte korrigiert werden.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 13.06.12

Dr. Radig
Protokollführerin

Tobias Kogge
Beigeordneter

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender